Deutscher Bundestag **Drucksache 19/9367**
19. Wahlperiode 12.04.2019

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Otto Fricke, Christian Dürr, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Katja Hessel, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Thomas L. Kemmerich, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Alexander Müller, Christian Sauter, Frank Schäffler, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Katja Suding, Stephan Thomae, Gerald Ullrich, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Die ausgerufene Dekade gegen Krebs, deren Ansatzpunkte und die krebstreibende Wirkung des Epstein-Barr-Virus

Am 29. Januar 2019 hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gemeinsam mit dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und weiteren Partnern die „Nationale Dekade gegen Krebs" ausgerufen. Vor dem Hintergrund, dass Tumorerkrankungen bundesweit nach Herz-Kreislauferkrankungen die zweithäufigste Todesursache darstellen, sind gemeinsame Ziele formuliert worden. Neben Früherkennung, Diagnostik und innovativen Therapien spielt die Prävention ebenfalls eine Rolle. Zentraler Anspruch der Initiative ist weiterhin, dass gewonnene Forschungserkenntnisse schneller dem Patienten zu Teil werden sollen (www.bmbf.de/de/nationale-dekade-gegen-krebs-7430.html, abgerufen am 25. Februar 2019). Im Allgemeinen sind Therapieformen von bereits vorhandenen Krebskrankheiten jeglicher Art und Weise ein wesentlicher Bestandteil, um die Dekade gegen Krebs positiv gestalten zu können.

Im Zuge der Präventionsforschung wurde festgestellt, dass der auch als „Kissing Disease" bekannte Epstein-Barr-Virus (EBV) einen wesentlichen Anteil an der Entstehung von etwa 2 Prozent der bösartigen Tumorerkrankungen weltweit hat (www.dkfz.de/de/f100/index.php, abgerufen am 25. Februar 2019). Laut dem Deutschen Krebsforschungszentrum sind ca. 90 Prozent der Weltbevölkerung Träger des EBV und tragen diesen nach der Erstinfektion ein Leben lang in sich (www.dkfz.de/de/presse/pressemitteilungen/2019/dkfz-pm-19-02-Neue-Impf-Strategie-gegen-Epstein-Barr-Viren.php, abgerufen am 25. Februar 2019).

Schon im Jahre 1958 stellte der in Uganda arbeitende Chirurg Dennis Burkitt fest, dass jene EBV als Ursache für die Bildung eines Lymphoms verantwortlich sein können. Er stellte fest, dass bei vielen Jungen, an dem nach ihm benannten Burkitt Lymphom erkrankte Patienten, ein erhöhter Bestand an Antikörpern gegen den EBV festzustellen war. Darüber hinaus wies er EBV ebenfalls in den Zellen von an Malaria und AIDS erkrankten Patienten nach (www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC395716/pdf/520307.pdf, abgerufen am 21. März 2019).

Die Forscher einer aktuell laufenden Studie zur infektiösen Mononukleose in München (kurz IMMUC), bestehend aus Forschergruppen der Technischen Universität München, der Ludwig-Maximilians Universität München, dem Helmholtz Zentrum München, dem Deutschen Krebsforschungszentrum Heidelberg und der Medizinischen Hochschule Hannover, sind ebenfalls auf der Suche nach neuen Ansatzpunkten für die Diagnose, Verlaufskontrolle, Therapie und Prävention der von EBV-assoziierten Infektiösen Mononukleose und ihrer Folgen. Mit Hilfe umfangreicher Daten von betroffenen Patienten widmen sich die Forscher auch anderen gut- und bösartigen EBV-assoziierten Erkrankungen, wie z. B. dem Chronic-Fatigue-Syndrom (CFS), sowie der Weiterentwicklung der EBV-spezifischen Zelltherapie und eines schützenden Impfstoffs. Die Frage eines Impfstoffes ist insbesondere durch die Ergebnisse des Deutschen Krebsforschungszentrums und Deutschen Zentrums für Infektionsforschung aufgekommen. Hier zeigten die Forscher erstmals, dass ein bestimmter Proteinbestandteil des EBV die Krebsentstehung antreibt (www.gesundheitsforschung-bmbf.de/de/epstein-barr-virus-von-harmlos-bis-folgenschwer-7238.php, abgerufen am 25. Februar 2019). Aufgrund dieses Zusammenhangs zwischen EBV und Tumorerkrankungen sowie der Möglichkeit der Prävention durch einen Impfstoff, bedarf es aus der Sicht der Fragesteller einer genaueren Beleuchtung der vom Bundesminister für Gesundheit Jens Spahn federführend vorgestellten Nationalen Dekade gegen Krebs. Aber auch auf die bereits vorhandenen und in Zukunft nicht durch einen Impfstoff zu verhindernden Krebserkrankungen gilt es zu schauen und nach helfenden Therapieformen zu suchen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die durch die Forschung gewonnenen Informationen über Prävention, Früherkennung, Diagnostik und innovativen Therapien von Krebs und anderen schwerwiegenden Erkrankungen, die mit dem krebserregenden EBV assoziiert sind, schneller und gezielter in der Patientenversorgung zugänglich zu machen, wie dies im Rahmen der Nationalen Dekade gegen Krebs als Anspruch formuliert wurde?
2. Wie positioniert sich die Bundesregierung dazu, EBV-assoziierte Erkrankungen in größerem Maße in der Öffentlichkeit zu thematisieren, um das Bewusstsein der Menschen dahingehend zu schärfen, und welche Maßnahmen ergreift sie diesbezüglich bereits?
3. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Verbreitung des EBV in Deutschland und weltweit vor, und welche Bevölkerungsgruppen betrifft der EBV nach Kenntnis der Bundesregierung?
4. Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung über die Biologie des EBV und die molekularen Pathogenen EBV-assoziierter Erkrankungen einschließlich Krebs vor?
5. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über den prozentualen Anteil der auf EBV zurückzuführenden Tumorerkrankungen in Deutschland und weltweit vor?
6. Wie viele Menschen sterben nach Kenntnis der Bundesregierung jährlich am EBV in absoluten Zahlen und prozentual gesehen auf die Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland und weltweit?
7. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zu ergreifen, um zur Verbesserung der Früherkennung von EBV und Krebs beizutragen?
8. Welche Forschungsinstitute sind der Bundesregierung bekannt, die den EBV erforschen, und zu welcher Unterart des EBVs sind der Bundesregierung Projekte bekannt?

9. In welcher Form fließen bereits Fördermittel der Bundesregierung in die Forschung, um die krebstreibende Wirkung des EBV näher zu erforschen?
10. In welchem Umfang wird die Forschung zum EBV in Deutschland nach Kenntnissen der Bundesregierung jährlich gefördert?

    Welcher Anteil entfällt dabei auf Mittel des Bundes?
11. In welchem Umfang wird nach Kenntnis der Bundesregierung die IMMUC-Studie zu EBV gefördert?

    Welcher Anteil entfällt dabei auf Mittel des Bundes?
12. Inwieweit plant die Bundesregierung die EBV-Forschung im Rahmen der Nationalen Dekade gegen Krebs in Zukunft zusätzlich mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen?
13. Wie positioniert sich die Bundesregierung zu einer Aufnahme der EBV-Forschung in die Fördertöpfe der Dekade gegen Krebs?
14. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich der Entwicklung eines Impfstoffes gegen EBV, und wie schätzt die Bundesregierung die daraus entstehende Möglichkeit ein, durch einen solchen Impfstoff Tumorerkrankungen zu vermeiden?
15. Welche Schätzungen liegen der Bundesregierung über die Kosten eines zu entwickelnden Impfstoffs vor?
16. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über verschiedene Unterarten bzw. Ausprägungen des EBV?
17. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung zu den verschiedenen Stadien einer EBV-Erkrankung?
18. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung zu den langfristigen Folgen des EBV auf die Leistungsfähigkeit der Leber und Milz?
19. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über eine chronische Form des EBV?
20. Welche Spätfolgen, die aus einer EBV-Vorerkrankung stammen, sind der Bundesregierung bereits bekannt?
21. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zur möglichen Assoziation von EBV und Autoimmunerkrankungen, wie zum Beispiel Multipler Sklerose vor?
22. Was ist der Bundesregierung zum Verbleib des EBV in den sogenannten B-Gedächtniszellen und B-Lymphozyten bekannt?
23. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zum postinfektiösen CFS nach Pfeifferschem Drüsenfieber vor, und welche Maßnahmen werden getroffen, um diese schwere Erkrankung einerseits in den Fokus der Wissenschaft zu stellen und andererseits den Betroffenen durch angemessene Versorgungsstrukturen zu helfen?

Berlin, den 3. April 2019

Christian Lindner und Fraktion



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333